

# BLAUER AFD LANDKREIS

Landkreis Görlitz

03/21



**Die AfD bedankt sich bei der polnischen Regierung in Warschau**

Seite 6

## Soll unsere Heimat endgültig vor die Hunde gehen?

Wir als AfD in Sachsen, haben zähneknirschend zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Große Koalition bestehend aus CDU und SPD, den Forderungen der Klimafanatiker gefolgt ist.

Seite 4

## Die Corona-Impfung als Gelddruckmaschine für Biontech/Pfizer

Der Pharmariese Biontech/Pfizer erhöht still und leise die Preise für seinen Coronaimpfstoff und erwirtschaftet damit exorbitante Gewinne. 2020 kostete die Dosis noch 15,50 €, 2021 erhöhte man den Preis auf 19,50 €.

Seite 7

## Solidarität mit der Gastronomie

Derweil werden die Daumenschrauben sogar noch enger gezogen. MP Kretschmer droht mit schärferen Kontrollen und dem Entzug der Gaststättenkonzession.

Seite 10



**SPD will Abschieberecht auflösen**

Seite 9

**Deutschland.  
Aber normal.**

[www.afdgoerlitz.de](http://www.afdgoerlitz.de)  
[fb.com/afdgoerlitz.de](https://fb.com/afdgoerlitz.de)

# Vorwort



Liebe Landsleute, interessierte Leser und Freunde,

ich freue mich, für diese Ausgabe wieder das Vorwort beitragen zu können und Euch über einige Neuigkeiten aus dem Bund und unserer Fraktion im Bundestag informieren zu dürfen.

Zunächst einmal die erfreulichen Nachrichten, natürlich aus unserer Partei, der Alternative für Deutschland:

Wir sind in Sachsen und in Ostdeutschland bärenstark!

Bei der Bundestagswahl haben wir allein in Sachsen 10 von 16 Direktmandaten gewonnen, dazu 2 in Sachsen-Anhalt und 2 in Thüringen.

In Ostdeutschland sind wir Volkspartei und der Ostbeschimpfungsbeauftragte Wanderwitz hat uns durch seine Diffamierungskampagne zusätzliche Stimmen gebracht.

Das gibt unserer Sache ein mächtiges Gewicht im Bundestag!

Und es eröffnet die Perspektive, in Sachsen 2024 den neuen Ministerpräsidenten stellen zu können. Das muss unser Ziel sein und dafür werden wir arbeiten und kämpfen. Außerdem freue ich mich besonders darüber, dass ich für die neue, die 20. Legislaturperiode zum neuen Fraktionsvorsitzenden zusammen mit Alice Weidel gewählt wurde.

An dieser Stelle auch noch einmal großen Dank an unseren Ehrenvorsitzenden Dr. Alexander Gauland, der die Fraktion 4 Jahre erfolgreich geführt hat.

Es ist eine große Ehre und hohe Verpflichtung für mich und uns.

Alice Weidel und ich werden mit vollem Einsatz und unserer ganzen Kraft dem nachkommen und wichtige und neue Impulse setzen.

In diesem positiven Sinne soll und wird es mit uns in Sachsen und mit uns in unserem Vaterland weitergehen.

Viel Spaß und Freude beim Lesen!

## Bestandsaufnahme und Ausblick

Zur Lage unseres Landes - was hinterlässt uns Frau Merkel? Was hat sich seit der letzten Ausgabe unserer Wahlkreiszeitung verändert? Sind die im Vorwort von mir angesprochenen Wahlergebnisse für unsere Partei ein Zeichen dafür, dass „Sachsen im Widerstand ist“? Im Widerstand gegen ein „Corona-Regime“, das uns an etwas erinnert, das wir doch eigentlich schon für überwunden gehalten haben. Gegen eine Politik, die uns folgendes „beschert“ hat:

- die höchsten Energiepreise in Europa,
- einen Platz in der Spitzengruppe mit der höchsten Steuerlast,
- Finanz- und Haushaltsrisiken in Billionenhöhe für eine sinnlose „Eurorettungspolitik“,
- eine explodierende Inflation,
- zunehmende soziale Schieflagen,
- fehlende bezahlbare Wohnungen,
- eine ungebremste und unkontrollierte Masseneinwanderung mit wachsender Gewalt und Kriminalität der Migranten,
- Gender-Wahn und Kampf gegen die Familie
- Grundrechtseingriffe und Grundrechtseinschränkungen im Namen einer gescheiterten „Pandemiebekämpfung“ und eines „Krieges gegen das Virus“,
- eine zunehmende Spaltung unseres Heimatlandes in „Geimpfte“ und „Ungeimpfte“.

Aber angesichts dieser Entwicklung und der sich weiter vertiefenden Krise und verschärfenden Spannungen in der Bevölkerung, was folgt denn für uns, die Alternative für Deutschland, für mich und für jedes Mitglied unserer Partei daraus? Was sind unsere Konzepte, Lösungen und Positionen für Sachsen und für Deutschland? Dabei müssen wir unsere Landtagswahlen 2024 immer im Blick haben. Denn wir wollen die Regierungsverantwortung übernehmen, wir wollen, dass die AfD den Ministerpräsidenten von Sachsen stellt!



## Die Coronalage - Lockdowns und Impfbzwang durch die Hintertür in Sachsen - 2G

Es sind die hilflosen und dilettantischen Krisenbewältigungsversuche des Kabinetts der Frau Dr. Merkel und des noch amtierenden Ministerpräsidenten Kretschmer auf Kosten der Sachsen und des Deutschen Volkes. Nun greifen die Politiker, deren Versprechungen

der „alleinseligmachenden Durchimpfung der Bevölkerung“ als Allheilmittel und als „Ende der Pandemie“ herbeifantasiert wurde, zu einem perfiden Mittel:

Der Ungeimpfte wird zum Feindbild, zum Verursacher allen Übels und damit zum neuen Sündenbock einer katastrophal gescheiterten Krisenstrategie. Die Verschärfung des Tons gegen Ungeimpfte schreitet voran. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger fordert, sie sollen im Krankheitsfall keine Lohnfortzahlung mehr erhalten. Der Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, will ihnen die Krankenversicherung verteuern. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow will sie nicht mehr auf den Intensivstationen des Landes behandeln.

Diese (noch) verbale Wut auf die Ungeimpften entsteht, wenn ein als sicher geltender Plan nicht funktioniert und die eigene Selbstgewissheit in Frage gestellt wird. Und die öffentlichen-rechtlichen Medien, fast alle Zeitungen und Berichterstatter, der Spielplatz der Selbstgewissen und der sich moralisch überlegen fühlenden Moralapostel, befeuern das alles sogar noch, anstatt ihrer Aufgabe als „kritische 4. Gewalt“ nachzukommen. Sie hinterfragen nicht, sondern singen im Gleichklang mit den Politikern. Das nenne ich perfide, verantwortungslos und schädlich für unsere Demokratie. Wir wissen inzwischen: Auch Geimpfte können sich anstecken. Und: Auch Geimpfte können andere anstecken. Was aber unterscheidet dann den gefährlichen Feind vom guten Geimpften? Wenn wir am Ende doch nicht wirklich unterscheidbar, wir also vor dem Virus buchstäblich alle gleich sind?

Egal, ob geimpft oder ungeimpft: Bleiben wir vernünftig, wägen wir ab und bleiben wir freundlich und verständig, auch gegenüber Menschen mit anderem Status, anderen Entscheidungen, anderen Sichtweisen.

Liebe Landsleute, ein ereignisreiches Jahr 2021 neigt sich dem Ende. Arbeiten wir gemeinsam daran, mit allen engagierten Bürgern und Parteimitgliedern unser Vaterland auf den richtigen Kurs zu bringen! Dazu wünsche ich uns für das Jahr 2022 viel Kraft, Mut und Entschlossenheit.



**Tino Chrupalla, MdB**

Bundessprecher der Alternative für Deutschland,  
Fraktionsvorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion

## Soll unsere Heimat endgültig vor die Hunde gehen?

Wir als AfD in Sachsen, haben zähneknirschend zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Große Koalition bestehend aus CDU und SPD, den Forderungen der Klimafanatiker gefolgt ist und das Ende der Kohleverstromung auf das Jahr 2038 festgesetzt hatte. Dieses vorgezogene endgültige Ende des wohl ökonomisch wichtigsten Faktors unserer Heimat, im Besonderen für den Altkreis Weißwasser von großer Bedeutung, würde bei nicht sach- und zweckgebundener Vergabe und Investition der Gelder aus dem s.g. Kohlekompromiss einen noch gewaltigeren wirtschaftlichen Niedergang bedeuten als das, was unsere Bürger hier bereits in 1990er Jahren erfahren mussten.

Die Tatsache, dass Gelder, die für den Strukturwandel in der Kohleausstiegsregion bestimmt sind, eben nicht so eingesetzt werden, wie es dringend notwendig wäre ist ein brisantes und enorm wichtiges Thema, dem ich mich in einem separaten Artikel widmen werde.

Doch was ist für uns Realität geworden? Realität ist, dass unsere Heimat und die Menschen, die hier seit Generation zu Hause sind die verantwortlichen Politiker einen Dreck interessieren. Es war immer absehbar, dass in einer Regierung, in der grüne Klimafanatiker das Ruder in die Hand nehmen, der endgültige Niedergang unserer Heimat zur bitteren Wahrheit werden wird. Genauso ist es gekommen. Eine bunte Ampel hat in ihren Koalitionsverhandlungen den im Grunde nur schwer umsetzbaren Ausstieg aus der Kohleverstromung um sage und schreibe, weitere acht Jahre vorgezogen. Man spricht unverhohlen von einem „idealerweise“ Ausstieg bis 2030. Eine Abschaltung der letzten Dampfturbine in einem hochmodernen Wärmekraftwerk ohne Grundlast sichernde Alternativen ist wirtschaftlicher Selbstmord! Hier bildet sich eine Regierung, welche den übereilten, irrsinnigen und dem Land hoch schädlichen Ausstieg aus der Kernenergie der Merkel-Regierung noch um einiges übertreffen möchte. Man eifert gegenseitig in der Beweisführung, wer am erfolgreichsten das Land, welches einst der Motor Europas war, am effektivsten und am schnellsten in Grund und Boden regiert.



Förderbrücke im Tagebau Jänschwalde

Nichts aber auch Garnichts rechtfertigt diesen Vorstoß in eine Richtung, die beweisbar gravierende Schäden für das Energieversorgungssystem bedeuten. Phantastereien über die Sicherstellung des zukünftig weiter steigenden Energiebedarfs aus s.g. „erneuerbaren“ Energiequellen, kann nur Köpfen entspringen, die nicht in der Lage sind, einen sauberen Lebenslauf zu schreiben und in die Situation geraten, ein bereits verlegtes Buch über sich selbst wieder aus dem Handel nehmen zu müssen. Denn Tatsache ist und bleibt, Elektroenergieerzeugung mit Wind und Sonne ist ein reines Nischenprodukt, welches durchaus sinnvoll eingesetzt werden kann. Fakt ist aber auch, dass diese Energie-Anlagen einen nicht hinnehmbaren Faktor in der Natur- und Umweltzerstörung bilden. Windkraftanlagen, die immer höher gebaut werden, benötigen gewaltige Stahlbetonfundamente. Da diese nicht konzentriert auf einer geplant überschaubaren Fläche errichtet werden, wie es beim Bau eines Kraftwerkes der Fall ist, sondern über unvorstellbar viele Quadratkilometer Kulturlandschaft verteilt. Somit ist eine Flächenversiegelung in gigantischen Ausmaßen unausweichlich. Nachgewiesene gesundheitliche Belastungen für Anwohner in der Nähe solcher Anlagen sind längst bewiesen. Wird aber von diesen Klimafanatikern als „haltlos“ bezeichnet. Auch eine Solarparkanlage, auf riesigen Flächen, inmitten von Kulturlandschaften mit einer Vielzahl von seltenen Tieren und Pflanzen ist nicht zu akzeptieren. Bestes Beispiel für eine vorgegebene „ökologische und emissionslose“ aber dennoch natur- und umweltzerstörende Stromerzeugungsanlage ist der geplante Solarpark, in einem einzigartigen natürlich gewachsenen Habitat auf den Mulkwitzer Hochkippen.



Förderbrücke im Tagebau Nochten

Da kein Weg an einer sicheren und zuverlässigen Energieversorgung vorbeiführt und ein Wiedereinstieg bzw. der Neubau von Kernkraftwerksanlagen unter den bestehenden Umständen kurzfristig betrachtet, nicht realisierbar ist, wird das Betreiben der vorhandenen Wärmekraftwerke bis mindestens 2038 ein der Realität entsprechender Notwendigkeitsfaktor bleiben. Also gilt:

**KEIN KOHLEAUSSTIEG VOR 2038!**

## Kohlekompromiss war und ist eine Mogelpackung!

Vollmundig versprochen die Vertreter der Großen Koalition, ein Strukturstärkungsgesetz. Dieses sollte mit 40 Milliarden €, der vom Kohleausstieg betroffenen Kernregionen, einen gewaltigen Schub im Strukturwandel beschieren. Diese Finanzhilfen sollten der Sicherung der Beschäftigung im Zuge des Ausstiegs aus dem Braunkohleabbau dienen.

Schon Ministerpräsident Kretschmer ging für sich einen anderen Weg und nutzte im Frühjahr 2019 auf einer CDU-Parteiveranstaltung in Weißwasser die Gelegenheit und versprach den ca. 400 Zuhörern sogar einen ICE Haltepunkt in dem 16.000 Einwohner Städtchen. Jeder einigermaßen klug Denkende wusste um den Unfug dieses Versprechens. Wobei nur die Sinnhaftigkeit als solche schon völlig ausgeschlossen war. Dennoch war auch diese Aussage ein Fingerzeig in eine Richtung, die Geldverschwendung gegen Schaffung von Arbeit signalisierte. Bereits zu dieser Zeit wurden vermehrt Stimmen laut, dass dies alles nur heiße Luft sei und die Leute hier in der Region in die „Röhre“ schauen würden. Ein klares Bekenntnis für die Leute und deren Sehnsüchte und Interessen würde man vergeblich suchen.

Tatsache ist aber, den Kumpel in der Braunkohle und den Energiearbeiter in den Kraftwerken, interessiert welche Voraussetzungen geschaffen werden, damit sich berufliche Perspektiven in der Heimat auch für nachfolgende Generationen ergeben. Der Faktor Liebe und Treue zur Heimat ist dabei einer der alles beherrschenden Faktoren.

Dieses Interesse und die damit verbundene Hoffnung der Betroffenen ist von Anfang an zerstört worden. Schon durch die, hinter verschlossenen Türen, geheim geführten Abstimmungen zu Fördermittelerteilungen durch diese recht seltsam und demokratisch nicht legitimierten Regionalen Begleitausschüsse, wurden die Weichen in eine völlig andere Richtung gestellt. In eine Richtung, die nicht im Ansatz das an wertschöpfenden Arbeitsplätzen schaffen wird, was als Perspektive versprochen wurde. Vielmehr läuft seit Monaten eine Art „klebrige Finger“ Aktion. Lokalpolitiker aus Regionen, die mit denen der Kernregionen nichts zu tun haben, melden ihre Projekte an und erhalten sogar das beantragte Geld aus dem Strukturstärkungsgesetz, welches für die vom Kohleausstieg betroffenen Leute gedacht und versprochen war. Beispielgebend dafür sind:

**5 Mio. € für den Ausbau des Görlitzer Tierparks;**  
**36 Mio. € für neue Straßenbahnzüge in Görlitz;**  
**16 Mio. € für ein Kulturhaus in Bischofswerda;**  
**20 Mio. € für die Sanierung des Lausitzbades in Hoyerswerda;**  
**19 Mio. € für ein Technofestival „Wilde Möhre“ bei Drebkau; 6,5 Mio.€ für ein neues Requisitionenhaus an der Bühne in Senftenberg;**  
**800Tsd € für eine textile Kreativwerkstatt in Großschönau;**  
**310 Mio. € für ein Zentrum für künstliche Intelligenz des Robert Koch Institutes in Wildau bei Berlin;**

Ein anderes Beispiel ist auch die medial hochgelobte Ansiedlung des Bundesamtes für Ausfuhrkontrolle und Wirtschaft BAFA. Diese Behörde ist wie alle anderen Behörden auch, nicht wertschöpfend. Die maximale Zahl an Mitarbeitern wird sich bei ca. 200 einpegeln. Wie viele Bürger aus der Kernregion dort eine Arbeit finden werden, sei dahingestellt. Der zukünftig Arbeitssuchende, der aus dem Kohle- und Energieprozess ausscheidet, wird es wohl eher nicht sein. Aber schon jetzt beginnt sich ein Trend in die falsche Richtung abzuzeichnen. Eine gewisse Zahl an gut qualifizierten und bei gestandenen mittelständischen Unternehmen der Region in der Verwaltung Beschäftigten, wechselten zu dieser Behörde. Also darf man auch hier davon ausgehen, dass eine solche Behörde, mit einem irre hohen finanziellen Aufwand für ihre geplanten Immobilien, nicht den Sinn und Zweck erfüllen wird, der für den erforderlichen regionalen Strukturwandel nötig wäre.

Dieses gieren nach Fördergeldern, die keiner Schaffung von Arbeitsplätzen für Mechatroniker, Elektromonteuren oder Metallbauer dient, muss zwingend gestoppt werden! Es kann nicht angehen, dass seit Jahrzehnten entstandene politische Verfilzungen diesem Treiben erst den Raum geschaffen haben. Regionale und unter völligen Ausschluss der Öffentlichkeit tagende Begleitausschüsse gehören mindestens auf den Prüfstand. Denn eins ist und muss für uns höchste Priorität bleiben, die regionale Wirtschaft und der regionale Mittelstand als Basis einer funktionierenden ökonomischen Struktur steht ganz oben auf der Agenda. Ohne funktionierende Wirtschaft und Mittelstand haben wir keine Zukunft. Eine jetzt schon schwer angeschlagene Region wäre dann endgültig dem Tode geweiht.

Frohe Weihnachten und ein hoffentlich besseres 2022!

Ihr Roberto Kuhnert



### Roberto Kuhnert, MdL

Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss  
 Mitglied im Ausschuss für Regionalentwicklung  
 Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
 Bergbaupolitischer Sprecher

**Kontakt:** buero@robertokuhnert.de

## Polens alleiniger Kampf an der EU-Außengrenze

Die Lage an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland spitzt sich immer weiter zu. Lukaschenko fliegt tausende Migranten aus dem arabischen Raum gezielt nach Minsk ein und schafft diese dann an die polnische Grenze. Der weißrussische Präsident rächt sich damit für die immer schärfer werdenden EU-Sanktionen gegen sein Land. Diese Strategie hat er von der Türkei abgekupfert. Erdogan erpresste die EU 2016 ebenfalls mit Flüchtlingen, er „werde die Tore weit öffnen“ sagte er. Daraufhin wurde 2016 der Türkei-EU-Deal ins Leben gerufen. Die EU zahlt sechs Milliarden Euro an die Türkei und Erdogan hält die Flüchtlinge daraufhin zurück. An der Wirksamkeit der Vereinbarung scheiden sich bis heute die Geister. Ob sich Erdogan an alle Abmachungen hält, darf ebenfalls bezweifelt werden.

Nun kämpft Polen allein an der EU-Außengrenze. Das Land hat inzwischen einen 400 Kilometer langen und 2,5 Meter hohen Zaun an der Grenze errichtet und Millionen Euro dafür aufgebracht. Hilfe von den „Freunden“ aus Europa – Fehlannonce! Dafür kommen inzwischen Busse sogenannter „Aktivisten“ aus Deutschland nach Polen, um die Flüchtlinge direkt abzuholen, wirklich unfassbar. Bis heute ist man nicht in der Lage und wahrscheinlich auch nicht willens, Verstärkung in Form von Grenzschützern an die polnisch-weißrussische Grenze zu schicken – und dies trotz der sich zuspitzenden Lage. Wie das polnische Fernsehen berichtet, sind die sogenannten „Flüchtlinge“ mit ausreichend Werkzeug ausgestattet und versuchen, die polnischen Grenzanlagen zu zerstören. Sehen so „Schutzsuchende“ aus? Ich würde sagen: Nein!



*Ausschnitt aus dem polnischen Fernsehen: ein sogenannter „Flüchtling/Schutzsuchender“ versucht die polnischen Grenzanlagen mit einem Seitenschneider zu zerstören.*

Polen wird seit Monaten von der EU regelrecht drangsaliert. Sei es zum einen die Thematik um das polnische Verfassungsgericht, welches angekündigt hat, dass nationales Recht vor dem EU-Recht steht und zum anderen die Thematik rund um den Tagebau Turów. Inzwischen soll Polen täglich 1,5 Millionen Euro Strafzahlungen an die EU leisten. Geht man so mit einem Land um, welches die EU-Außengrenze vor einem Ansturm illegaler Migranten schützt? Länder wie Polen und auch Ungarn müssen die deutsche Sozialromantik-

Politik regelrecht ausbaden.

Deutschland ist inzwischen durch seine hohen Sozialleistungen Magnet für Migranten aus aller Welt. Auch die griechische Regierung hat Deutschland für seine ausschweifende Migrationspolitik scharf kritisiert. Der griechische Migrationsminister Notis Mitarachi sagte kürzlich: „Das Problem ist, dass Sie diese Leute anlocken!“. Mit der neuen Ampel-Koalition ist jedoch keine Entspannung in Sicht, ganz im Gegenteil. Besonders die Grünen und die SPD wollen die Einreise stark vereinfachen und den Sog nach Deutschland enorm verstärken. Am liebsten würden sie die Migranten gleich direkt und unkompliziert einfliegen.

Inzwischen schütteln besonders die östlichen EU-Länder nur noch den Kopf über Deutschland. Viktor Orban fragt inzwischen ganz offen, ob er alle Korridore öffnen soll, damit die Migranten direkt und ungestört nach Deutschland wandern können. Bei der deutschen Migrationspolitik ist dies keine unberechtigte Frage. Viktor Orbans Forderung an die EU, sich am Grenzzaun mit 400 Millionen Euro zu beteiligen, wurde natürlich auch abgelehnt.

Fakt ist jedenfalls – die Lage an der Grenze zu Weißrussland ist besonders dramatisch. Die Migranten sind zwar das Druckmittel Lukaschenkos, jedoch stehen sich an der polnischen Grenze bereits polnische Soldaten und weißrussische Soldaten in verhärteter Front gegenüber. Während Polen auf die NATO hofft, wird Lukaschenko von Putin unterstützt. Es bleibt nur zu hoffen, dass alle die Nerven behalten und die jahrelange Antirusslandpolitik der EU nicht zum Kriegstreiber wird. Während die EU den Konflikt mit neuen Sanktionen zur Explosion bringen will, fordern wir als AfD ganz klar: Schluss mit den Drohgebärden! Jetzt ist Diplomatie gefragt und das bedeutet friedliche Verhandlungen mit Putin auf Augenhöhe!

## Die AfD bedankt sich bei der polnischen Regierung in Warschau

Am 14.11.21 machten sich Patrioten aus Dresden und Görlitz auf den Weg nach Warschau, um sich bei der polnischen Regierung zu bedanken.

Das 35 Meter lange Banner mit der Aufschrift „Wir danken der polnischen Regierung für den Schutz Deutschlands und Europas“ wurde vorher schon in Berlin vor dem Brandenburger Tor gezeigt.



*AfD-Patrioten am 14.11.2021 in Warschau auf dem Schlossplatz*

Da es keinerlei Zuspruch oder Dank von offizieller deutscher Seite für Polen gab, wurde beschlossen, kurzerhand nach Warschau zu fahren und in der polnischen Hauptstadt vor Ort diese Aktion durchzuführen. Bei der Ankunft in der Fußgängerzone Richtung Präsidentenpalast wurde die Polizei natürlich auf unsere Gruppe aufmerksam und wir wurden gefragt, was wir vorhätten. Nach einem kurzen und netten Gespräch mit den Beamten wurden durch sie unsere Pläne an die Zentrale weitergegeben und es konnte losgehen. Unsere Stationen waren der Schlossplatz, der Präsidentenpalast und das Verteidigungsministerium. Überall gab es Zuspruch und Beifall von Passanten. Der Großteil der polnischen Bevölkerung hat mit Multikulti nichts am Hut und steht, in der Frage der Grenzsicherung, voll hinter seinen Soldaten. Vor dem Präsidentenpalast wartete ein Kamerateam von TVP, zu dem ich vorher Kontakt aufgenommen hatte.



*Interview mit dem polnischen Sender TVP vor dem Präsidentenpalast*

Die Bilder von unserer Aktion landeten mit positiven Kommentaren versehen abends in den Hauptnachrichten. Liebe Leser, stellen Sie sich vor, was Klaus Kleber zu unserer Aktion gesagt hätte! Mittlerweile sind estnische und britische Soldaten in Polen eingetroffen, um beim Grenzschutz zu unterstützen. Nicht Putin oder Lukaschenko sind die Bösen, wie immer eifrig von unseren Medien dargestellt wird, sondern der deutsche Sozialstaat mit all seinen Verlockungen. Er wirkt wie ein Magnet auf diese Menschen. Mit Schutzsuchenden aus Kriegsgebieten hat das überhaupt nichts mehr zu tun!

## Die Corona-Impfung als Gelddruckmaschine für Biontech/Pfizer

Der Pharmariese Biontech/Pfizer erhöht still und leise die Preise für seinen Coronaimpfstoff und erwirtschaftet damit exorbitante Gewinne. 2020 kostete die Dosis noch 15,50 €, 2021 erhöhte man den Preis auf 19,50 €. Trotzdem sicherte sich die EU von Ende 2021 an weitere 900 Millionen zusätzliche Impfdosen. Biontech/Pfizer produziert allein in diesem Jahr drei Milliarden Impfdosen. Der Konzern selbst äußert sich dazu nicht und die EU nimmt es einfach so hin. Eine kritische und hinterfragende Berichterstattung in TV und Radio findet natürlich, wie immer, auch nicht statt.

Die Leute bekommen nur zu hören, was sie hören sollen. Besonders in Deutschland wird der umstrittene mRNA-Impfstoff mit Unterstützung der Regierung hochgejubelt. Nur zum Vergleich: AstraZeneca und Johnson & Johnson bieten ihre Impfstoffe zum Selbstkostenpreis an. Johnson & Johnson verlangt acht Euro, AstraZeneca nur zwei Euro pro Dosis. Noch dreister als Biontech/Pfizer agiert jedoch Moderna mit 21,50 € pro Dosis.

Im Übrigen übernehmen die Pharmariesen, trotz einer bedingten Zulassung in der EU, keinerlei Haftung für ihre neuartigen Impfstoffe. Zitat aus den Verträgen: „Der Käufer erkennt an, dass die langfristigen Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit nicht bekannt sind und dass der Impfstoff unerwünschte Wirkungen haben kann, die derzeit nicht bekannt sind.“. Darum, liebe Bürger, sagen wir als AfD ganz klar: Lassen Sie sich nicht verrückt machen! Egal ob man sich impfen lässt oder nicht, die Entscheidung ist und bleibt eine private und persönliche Entscheidung und niemand darf für diese Entscheidung benachteiligt oder ausgegrenzt werden. Bitte lassen Sie sich nicht erpressen und bleiben Sie stets selbstbestimmt, kritisch und hinterfragend. Wir leben leider inzwischen in Zeiten, in denen das Grundgesetz mit Füßen getreten wird und in denen Dinge geschehen, die vorher unvorstellbar waren.

Noch ein kleiner Lichtblick am Rande: Die Firma Novavax hat Ende November die Marktzulassung für ihren proteinbasierten Impfstoff in der EU beantragt. Der Unterschied zu den mRNA- und Vektorimpfstoffen ist, dass ein künstlich gebildetes Spike-Protein (wie das am Coronavirus) gespritzt wird und die Immunabwehr unseres Körpers Antikörper und T-Zellen dagegen bildet. Wenn die geimpfte Person später mit dem Virus in Kontakt kommt, erkennt das Immunsystem das Spike-Protein und ist darauf vorbereitet, das Virus abzutöten. Der Impfstoff wird auf traditionelle Art hergestellt und hat in Studien bisher eine hohe Wirksamkeit bewiesen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr 2022.

Ihr Jens Oberhoffner



### Jens Oberhoffner, MdL

Mitglied im Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Sprecher für regionale Zusammenarbeit mit Tschechien und Polen

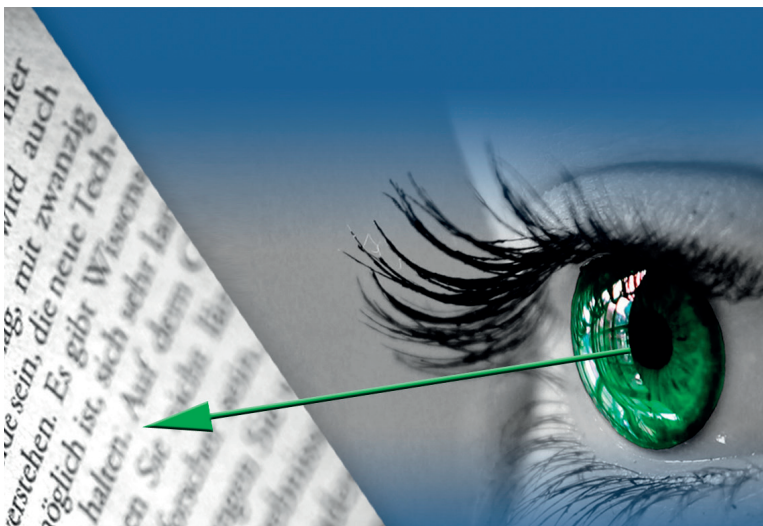
**Homepage:** [www.jensoberhoffner.de](http://www.jensoberhoffner.de)

**E-Mail:** [buer@jensoberhoffner.de](mailto:buer@jensoberhoffner.de)

## Sachsen wird mangelhafte Medienkompetenz vorgeworfen – Wir lesen zwischen den Zeilen!

Stellen Sie sich folgende Situation einmal vor: Ein Marmeladenhändler verkauft einer ausgewählten Gruppe an Menschen seine selbst erstellte Konfitüre. Zusätzlich wird eine Studie darüber erhoben, wie den Käufern die süße Konfitüre schmecke. Die Ergebnisse fallen wider Erwarten grottig aus: Kaum einem hat die Marmelade geschmeckt! Die Schlussfolgerung des Händlers? Die Studienteilnehmer sollten alsbald einen Arzt aufsuchen, da ihre Geschmacksnerven eindeutig getrübt sein müssen – seine Marmelade sei immerhin doch die beste in der ganzen Stadt!

Klingt absurd, nicht wahr? Zu einem vergleichbaren Ergebnis kommt jedoch eine in Dresden vorgestellte Studie zur „Medienkompetenz in Sachsen“. Hierfür wurden insgesamt 2.502 Menschen ab 18 Jahren mit diversen Fragen zu dem Themenkomplex „Medien“ konfrontiert. Die Antworten scheinen jedoch nicht geschmeckt zu haben:



35 Prozent der befragten bejahten beispielsweise, dass „Zeitungen, Fernseh- und Radiosender die Meinungsbildung lenken“. 41 Prozent stimmten der Aussage zu, dass Medien die Funktion innehaben „das politische Geschehen zu kontrollieren“. Die Medienfunktion „neutral zu berichten“ wurde gar von einer so geringen Anzahl an Teilnehmern bejaht, dass auf die konkrete Auswertung dieser im Fragebogen aufgeführten Antwortmöglichkeit verzichtet wurde.

Zu welchem Ergebnis kommen die beiden Meinungsforscher daher? Ganz klar: Bei jüngeren Befragten herrsche „mangelhaftes schulisches Wissen“. Ältere hingegen seien noch von „der Nachkriegszeit“ geprägt. Die Konsequenz hieraus ist für die Meinungsforscher nicht, vielleicht die mediale Berichterstattung in ihrer Gänze etwas kritischer zu beäugen, sondern stattdessen „Medienkunde“ in Schulen stärker zu vermitteln! 30.000 Euro für eine Studie, um zu dem Ergebnis zu kommen, wir Sachsen müssten einfach in der Schule indoktriniert werden, um den Medien mehr „Vertrauen“ zu schenken!

Wir haben einen Gegenvorschlag zu einer Studie: Befragt doch Leser, die ehemals Abonnenten von den vielzähligen Zeitungen am Markt waren, warum sie ihr Abonnement gekündigt haben! Könnte nicht viel eher die lückenhafte Berichterstattung der letzten Jahre verantwortlich dafür sein? Beispielsweise die ausgedachten „Hetzjagden“ in Chemnitz im Jahre 2018 und die darauffolgende Diffamierung des gesamten Ostens? Nicht vielleicht die Skandalisierung und Marginalisierung der Dresdener Demos in den Jahren 2014/15, als sämtliche Teilnehmer als „Spinner“ und „Rechtsradikale“ verunglimpft wurden? Nicht vielleicht die immer wiederkehrende Betitelung von islamistischen Terroristen als „Einzeltäter“? Nein, gewiss nicht! Wie beim Marmeladenhändler gilt, dass die Schuld beim Kunden liegen muss. Die Wahrheit spielt in den hiesigen Redaktionsstuben eh nur noch eine Rolle, wenn es gerade opportun erscheint.

## Bundesamt für Katastrophenschutz schätzt Blackout als wahrscheinlichste Katastrophe ein – Die Krise nähert sich!

Die große Frage ist nicht ob, sondern wann: Experten prognostizieren bereits seit Jahren die Entstehung von großflächigen Stromausfällen in der Bundesrepublik. Die Gefahr eines solchen „Blackouts“ wird aufgrund der zunehmenden Anfälligkeit des europäischen Stromnetzes fortschreitend größer – zu großen Teilen ist das der forcierten „Energiewende“ zu verdanken.

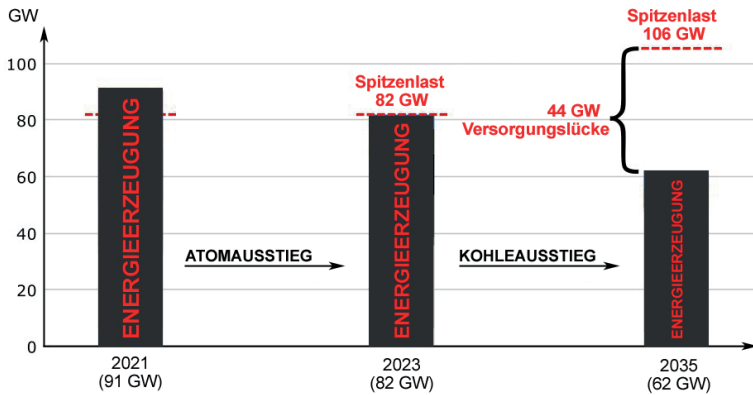


Inzwischen schätzt immerhin auch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz ein solches Ereignis als die wahrscheinlichste Katastrophe in Deutschland ein. Störungen innerhalb des europäischen Stromnetzes nehmen immerhin bereits jetzt schon rapide zu – allein in diesem Jahr standen wir sowohl im Frühjahr sowie auch im Sommer bereits kurz vor einer solchen Situation. Doch wirklich vorbereitet ist unser Land auf so einen Fall in keiner Hinsicht. Dabei hatte das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bereits 2018 vor „katastrophalen“ Folgen massiver landesweiter Stromausfälle gewarnt. Vor allem die Bundesländer



hatten demnach bei Notfallplänen für die Verteilung von Treibstoff, Lebensmitteln und Medikamenten noch einiges an Nachholbedarf – verändert hat sich bisher so gut wie gar nichts.

Energieerzeugung, Spitzenlasten & Versorgungslücken in Deutschland bis 2035

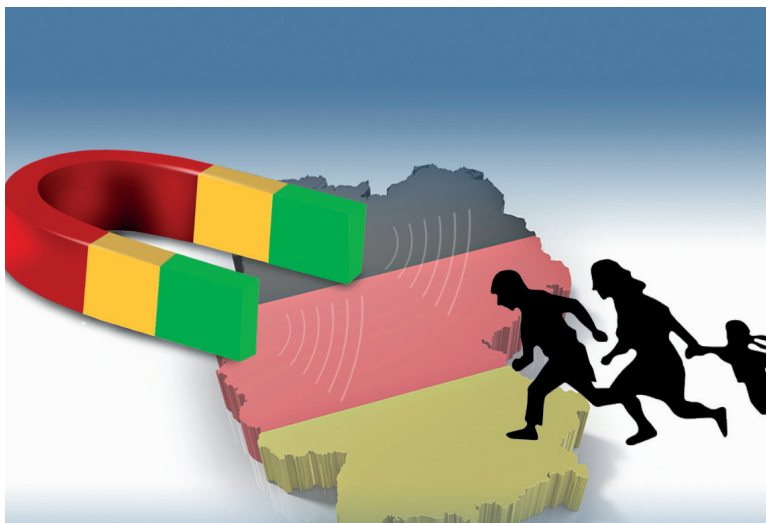


Dabei ist die Lage äußerst bedrohlich: Tanksäulen hören auf zu pumpen, Verkehrsampeln fallen aus, Bankautomaten streiken und Heizungen funktionieren auch nicht mehr. Überall fehlen Aggregate für den Ernstfall – für die Verantwortlichen ist das alles aber anscheinend keine Beachtung wert.

Es zeigt sich auch hier, dass Deutschlands staatliche Strukturen mit wirklichen Ausnahmesituationen zunehmend überfordert sind, weil sich das zuständige Führungspersonal lieber ideologischen Projekten widmet, statt sich für immer näher rückende Katastrophenfälle zu wappnen.

## SPD will Abschieberecht auflösen

Zugewanderte Familien sollen nicht mehr abgeschoben werden, dafür setzt sich die SPD nachhaltig ein. Was auf den ersten Eindruck harmlos klingt, führt faktisch zu der grundsätzlichen Abschaffung von Abschiebungen. Wir müssen uns klarmachen, was die SPD wirklich will. Die Partei fordert im Prinzip nämlich das, was auch die Linken fordern, nur eben etwas unauffälliger. Doch rot bleibt rot.



Wenn die SPD keine Familien mehr abschieben will und sich gleichzeitig auch für den Familiennachzug einsetzt, hat das weitreichende Konsequenzen. Das heißt nämlich, wenn jemand illegal in unser Land einreist, kann er einfach seine Familie nachholen und dann nicht mehr abgeschoben werden.

Der Fall der georgischen Familie aus Pirna ist ein abschreckendes Beispiel. Man muss den Behörden nur lange genug auf der Nase herumtanzen, dann bekommt man seinen Willen. Die Familie wurde jetzt mit einem Sonderbeschluss des Gerichts zurück nach Deutschland geholt, obwohl es in Georgien absolut sicher ist. Es gibt deshalb keinen Grund für die Familie hier zu sein! Doch das hat der Richter anders gesehen und die SPD klatscht fleißig Beifall und will diesen Sonderfall sogar zur Regel erheben. Die Begründung ist haarsträubend. Die Familie habe nämlich „gute Integrationsaussichten“ gehabt, weil alle Kinder zur Schule gingen.

Das heißt also, wenn man illegal in Deutschland einreist, seine Familie nachholt und die Kinder in die Schule schickt, soll man nicht mehr abgeschoben werden können. Das ist die vollkommene Aushöhlung unseres Asylrechts. Wir dürfen die Moral nicht allein unsere Politik bestimmen lassen. Es gibt Rechte und Gesetze aus gutem Grund, daran müssen wir uns halten, auch wenn die SPD das nicht will.

Trotz dieser zuweilen sehr bedrückenden Nachrichten lohnt es sich dennoch immer, optimistisch in die Zukunft zu sehen! Auch das nächste Jahr wird uns wieder einmal vor eine Vielzahl von Herausforderungen stellen.

Also nutzen Sie die kurzweilige Weihnachtszeit zur Entspannung im Kreise Ihrer Liebsten und versuchen Sie für einige Tage im Jahr, die Tagespolitik auszublenden.

In diesem Sinne: Ich wünsche Ihnen ein frohes sowie auch erholsames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2022!



### Sebastian Wippel, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
Innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion  
Innenausschuss  
Mitglied im Landesvorstand

Liebe Oberlausitzer!  
 Nach einem trügerisch ruhigen Sommer finden wir uns erneut mitten im Würgegriff des Coronaregimes. Während die Regierung offenbar davon träumt, alle renitenten Sachsen zwangszuimpfen, alle Kritiker abzusondern und die Menschen von der Straße zu halten, werden unsere Grenzen fast schutzlos preisgegeben, um Horden von Asylforderern Einlass zu gewähren. Doch wir wehren uns – was zählt, sind Widerstand und Solidarität!

## Solidarität mit der Gastronomie

Als erste Opfer der neuen Zwangsmaßnahmen sind wieder unsere Gastwirte zu beklagen. Insbesondere für die Gastronomie im ländlichen Raum stellt die verpflichtende 2G-Regelung ein Todesurteil dar. Es drohen Umsatzstrafen von bis zu 75 Prozent. Mit mehreren Anträgen (z.B. Drs. 7/7181 Coronazwangsmaßnahmen beenden – Einen transparenten Ausstiegsautomatismus einführen) und einer erneuten Klage haben wir uns bereits für Gastronomen und Unternehmer stark gemacht.



Derweil werden die Daumenschrauben sogar noch enger gezogen. MP Kretschmer droht mit schärferen Kontrollen und dem Entzug der Gaststättenkonzession. So werden Unternehmer erpresst, zur Spaltung der Gesellschaft beizutragen und einer Impfpflicht durch die Hintertür den Weg zu ebnen.

Weitere Leidtragende sind die zahlreichen Vereine in der Region, deren Veranstaltungen gänzlich zum Erliegen kommen, weil die Hygieneauflagen niemandem wirtschaftlich zuzumuten sind. Die Händler der Weihnachtsmärkte werden ein zweites Mal in Folge ihrer wichtigsten Einnahmequelle beraubt. Die Hersteller von Feuerwerkskörpern bleiben wieder auf ihrer Ware sitzen.

Die Liste der finanziell Geschädigten, wenn nicht gar Ruinierten ließe sich weit fortsetzen. Ist diese Regierung erst zufrieden, wenn die heimische Kultur und Wirtschaft ganz am Boden sind?



Wir setzen trotz allen Widrigkeiten auf Solidarität. Fragen Sie z.B. nach der Click&Collect-Möglichkeit bei regionalen Einzelhändlern oder fragen Sie nach Speisen zum Mitnehmen in der Gastronomie. Vielleicht unterstützen Sie den „Solifonds“ oder andere Initiativen. Auch wenn dies keine Normalität ersetzt, wird damit ein Zeichen gesetzt, dass es irgendwie weitergeht – und dass wir als mündige, kritische und patriotische Bürger zusammenhalten!

## Die Mär von der Hospitalisierungsrate

Nach Erreichen der willkürlich gesetzten Grenzwerte befinden wir uns mitten im „Lockdown für Ungeimpfte“. Doch mit welcher Berechtigung?

Selbst wenn von der Impfung ein nachweislicher Schutz ausginge, wäre der grassierende Impfwang untragbar. Nun zeigt sich allerdings, dass der versprochene Schutz auch noch zweifelhaft ist. Das Wort „Impfdurchbruch“ beschreibt längst keine Ausnahme mehr. In den Krankenhäusern sind vollständig geimpfte Covid-19-Patienten keine Seltenheit. Rund ein Drittel der Intensivpatienten ist mindestens zweifach geimpft (MDR online, Stand 5.11.21). Dabei wird jedoch nicht unterschieden zwischen Patienten, die wegen und jenen, die nur mit Corona behandelt werden. Ob hier mit offenen Karten gespielt wird? Immerhin bildet die Belegungssituation die Grundlage für die aktuellen und noch kommenden Grundrechtseinschränkungen.

Um mehr Klarheit über das Infektionsgeschehen zu erlangen, stellten wir im Oktober einen Antrag zur Aufschlüsselung der Neuinfektionen u.a. in einfach, zweifach oder nicht geimpft bei der täglichen Bekanntmachung der Inzidenzwerte durch den Landkreis Görlitz. Eine Antwort steht noch aus. Wer sich selbst Klarheit verschaffen will, der möge einen Blick auf die Webseite des RKI (rki.de) werfen und die dortigen Wochenberichte sichten, z.B. vom 18.11.21. Dann wird klar, was für ein Lügen-Märchen uns mit der „Pandemie der Ungeimpften aufgetischt wird.



Die sog. »Hospitalisierungsrate« ist nun Legitimationsgrundlage für Freiheitseinschränkungen. Dies ist die Zahl der an Covid-19 erkrankten eingewiesenen Krankenhauspatienten je 100.000 Einwohner – innerhalb von fünf Tagen.

Schon ab einem Schwellenwert von 3 greift die 2G-Regel; ab 6 sogar „2G+“ – also obligatorische Testungen auch für Geimpfte. So steht es im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 18. November 2021

Wie absurd niedrig diese Werte sind, zeigt folgendes Rechenbeispiel:

Eine »Hospitalisierungsrate« von 6 entspricht sachsenweit ca. 240 eingewiesenen Corona-Patienten. Dies sind lediglich 0,9 Prozent der landesweit 26.239 Krankenhausbetten. Anders gewendet: Über 99 Prozent aller Krankenhauspatienten hätten in diesem Fall KEIN Corona – trotzdem würden die Freiheitsrechte von Millionen Bürgern beschnitten.

1)<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1982598/defbdf47daf5f177586a5d34e8677e8/2021-11-18-mpk-data.pdf?download=1>

2)<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Krankenhaeuser/Tabellen/gd-krankenhaeuser-bl.html>

Stand: November 2021

## Auf die Straße!

Der Ton wird rauer. Die Grenzen zur Hetze sind längst überschritten. Dabei reden wir nicht von Sozialen Netzwerken, sondern von den „seriösen“ Systemmedien: Tagesthemen, Süddeutsche Zeitung, ZEIT Online, Der Spiegel etc. Schuld an den neuen Lockdownmaßnahmen seien die Ungeimpften, sie rauben angeblich den Geimpften die Freiheit und tragen die Verantwortung für überfüllte Krankenhäuser. Hier wird kräftig Stimmung gemacht, um Bevölkerungsteile gezielt gegeneinander aufzuhetzen, um die Gesellschaft unversöhnlich zu spalten. Und das auf Grundlage falscher Behauptungen (siehe oben), genauer gesagt Lügen. Es werden Ängste in der Bevölkerung geschürt und missbraucht, um Zwietracht zu säen und die individuelle Lebensführung unter staatliche Kontrolle zu bringen.

Mittlerweile verhärtet sich der Verdacht, dass hier ein böses Spiel getrieben wird. Denn wer profitiert letzten Endes von einem entsolidarisierten und von gegenseitigem Hass erfüllten Volk? Z.B. Ehrlose Politiker, die den Menschen ihre Freiheit rauben und alle kritischen Stimmen kriminalisieren, um ihre Macht und ihre Einkünfte zu sichern. Oder man denke an die Erzählung vom „Great Reset“. Schaut man auf das Handeln unserer Regierung, ist stets vom Schlimmsten auszugehen.



Das Coronaregime hat eindeutig seine Nutznießer und seine Opfer. Diese Opfer, die das Volk bringen soll, werden wie selbstverständlich verlangt. Doch damit ist Schluss! Wir lassen uns diesen neuen Totalitarismus nicht gefallen. Und dafür gehen wir auf die Straße. So geschehen am 15.11.21 in Dresden mit mehreren Hundert Teilnehmern. Und das war erst der Anfang. Wir zeigen Gesicht und wir stehen zusammen. Lassen Sie es uns dem Coronaregime nicht zu leicht machen. Wir Sachsen und insbesondere wir Oberlausitzer sind zäh!

Aber auch in der Hochburg des Widerstandes kommt zum Jahresende eine kurze Zeit der Einkehr.

*„[Der Herr] hat mich gesandt, den Elenden gute Botschaft zu bringen, die zerbrochenen Herzen zu verbinden, zu verkündigen den Gefangenen die Freiheit, den Gebundenen, dass sie frei und ohne Fesseln sein sollen.“  
(Jesaja 61,1)*

Liebe Oberlausitzer, bitte seien Sie mutig und standhaft. Nie war Zusammenhalt wichtiger als in dieser Zeit. Nur gemeinsam können wir etwas bewegen. Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das neue Jahr alles erdenklich Gute, Hoffnung und Zuversicht!



### Mario Kumpf, MdL

Mitglied des sächsischen Landtages,  
Mitglied des Kreistages von Görlitz und  
Stadtrat von Ebersbach-Neugersdorf

**Folgt mir gerne auf Telegram: [t.me/TeamKumpf](https://t.me/TeamKumpf)**

## Neues von der AfD-Kreistagsfraktion Görlitz

Corona bestimmt auch zum Jahreswechsel 2021/22 unser Leben. Leider! Selbst nach der Bundestagswahl hat sich nichts im Umgang mit den Freiheiten und den Grundrechten der Menschen geändert. Ja, es ist sogar schlimmer geworden. Man überbietet sich geradezu mit Vorschlägen zur weiteren Einschränkung des öffentlichen Lebens. Gerade wird durch die Berichterstattung der Mainstreammedien die Impfpflicht „hoffähig“ gemacht.

Was erleben wir auf der Landkreisebene? Vor allem Mitläufertum! Kritik der Landkreisverwaltung an den Maßnahmen? Gibt es nicht! Vielmehr ruft man dazu auf, die Kontrollen z. B. der Gaststätten noch zu verstärken. Und im vorausseilenden Gehorsam wird ein Alkoholverbot verhängt. Laut Infektionsschutzgesetz eine KANN-Bestimmung! Schauen Sie sich das 11-seitige Papier mal an. Allein für Rietschen wurden 15! einzelne Orte aufgeführt, wo man keinen Glühwein trinken darf. So will man vermeiden, dass Menschen sich an der frischen Luft begegnen. Indessen wissen wir alle, dass die Gefahr, sich anzustecken, an der frischen Luft gleich null ist. Wo bleibt der gesunde Menschenverstand? Was denken sich die Verantwortlichen beim Landratsamt dabei?

Wo sind diejenigen Angestellten, die einen Sachverhalt auch mal kritisch beleuchten, die nachdenken und nicht nur blind mitmachen? Wo sind diejenigen, die ihrem Job auch wirklich gerecht werden?

Nicht zuletzt fehlt aus unserer Sicht die Transparenz. Umfangreiche Statistiken werden angeführt, um die Maßnahmen zurechtzufertigen. Als in Sachsen Ende November die Notfallverordnung eingeführt wurde, begründete man dies u.a. mit einer Statistik der Landesuntersuchungsanstalt Sachsen, die auf den Meldungen der einzelnen Gesundheitsämter beruhen würde. Danach war der Inzidenzwert bei Ungeimpften angeblich um mindestens 10 x höher als bei Geimpften, in Spitzen gäbe es sogar Werte von 60 (Geimpft) zu 1700 (Ungeimpft).

Wie entsteht denn so eine offenkundig ungenaue Statistik? Nach unserer Überzeugung aus Gleichgültigkeit, aus fehlendem Überblick und fehlerhaften wie lückenhaften Meldungen. Das Gesundheitsamt Görlitz konnte uns nämlich trotz mehrmaliger schriftlicher und mündlicher Nachfragen diese Daten nicht zur Verfügung stellen. Sie lägen nicht vor! Unsere Pressemitteilung zu diesem Missstand ignorierte die regionale Presse selbstverständlich.

Verbuchen wir es als kleinen Teilerfolg, dass zumindest die o.g. Statistik ohne großes Aufsehen einfach von der Homepage des Freistaats verschwand. Nun steht da eine Erläuterung, aufgrund von Meldeverzögerungen wäre die Aktualität der Datenlage nicht mehr gegeben. Daher wird vorerst auf eine Veröffentlichung verzichtet (Quelle: coronavirus.sachsen.de – 20.11.21). – Leider viel zu spät; der Zug mit den neuerlichen Maßnahmen fährt bereits in die falsche Richtung!

Bitte unterstützen Sie uns und unsere Arbeit durch Ihr Engagement. Unser Spendenkonto:

**Empfänger:** AfD-Kreisverband Görlitz  
**Verwendungszweck:** Spende, Spendername/-adresse  
**IBAN:** DE33 8505 0100 0232 0219 61  
**BIC:** WELADED1GRL

## Unsere Büros im Landkreis

Weißwasser I MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert  
Muskauer Straße 73, 02943 Weißwasser  
**Telefon:** 03576 / 2186678  
**Öffnungszeiten:** Mo. 14:00 – 18:00Uhr  
Di. 09:00 – 15:00Uhr  
Mi. 09:00 – 12:00Uhr  
Do. 09:00 – 16:00Uhr

Niesky I MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert,  
MdL J. Oberhoffner  
Muskauer Straße 1, 02906 Niesky  
**Telefon:** 03588 / 2593281  
**Öffnungszeiten:** Di. 09:00 – 13:00Uhr  
Do. 13:00 – 17:00Uhr

Löbau I MdB T. Chrupalla, MdL M. Kumpf  
Breitscheidstraße 42, 02708 Löbau  
**Telefon:** 03585 / 4524793  
**Öffnungszeiten:** Mo. 10:00 – 18:00Uhr  
Di. 10:00 – 18:00Uhr  
Mi. 14:00 – 18:00Uhr  
Fr. 09:00 – 12:00Uhr

Görlitz I MdB T. Chrupalla, MdL S. Wippel, Kreistagsfraktion  
Berliner Straße 51, 02826 Görlitz  
**Telefon:** 03581 / 6861634  
**Öffnungszeiten:** Mo. 09:00 – 12:00Uhr  
Mi. 13:00 – 17:00Uhr  
Fr. 09:00 – 12:00Uhr

Zittau I MdB T. Chrupalla, MdL J. Oberhoffner  
Äußere Weberstraße 19, 02763 Zittau  
**Telefon:** 03583 / 5627090  
**Öffnungszeiten:** Di. 09:30 – 17:30Uhr  
Do. 12:30 – 16:30Uhr  
Fr. 13:00 – 15:00Uhr



### Impressum

**Herausgeber:**  
ZUNEX Media GmbH  
Hauptstraße 38  
D-02829 Markersdorf

**Druck & Verlag:**  
ZUNEX Media GmbH  
Hauptstraße 38  
D-02829 Markersdorf

**V.i.S.d.P.:** Tino Chrupalla, ausgenommen Seite 4,5:  
Roberto Kuhnert, Seite 6,7; Jens Oberhoffner, Seite 8,9;  
Sebastian Wippel, Seite 10,11; Mario Kumpf  
Salomonstraße 1, 02826 Görlitz  
**Telefon:** 03581/68 616 34  
**E-Mail:** vorstand@afdgoerlitz.de